

**13. Januar 1958** - Vor 60 Jahren forderten 9235 Wissenschaftler aus 44 Staaten in einem Appell an die UNO die Einstellung der Atombombenversuche.

**16. Januar 1973** - Vor 45 Jahren gelang der UdSSR die Landung des unbemannten Mondmobils "Lunochod" auf dem Mond

# Linkes Blatt DIE LINKE.

1. Ausgabe / 28. Jahrgang

Für Halle und den  
Saalekreis

16. Januar 2018

**Allen Leserinnen und Lesern, allen Genossinnen und Genossen ein glückliches, friedliches und vor allem gesundes Jahr 2018!**

## Hoffnung

Wie doch ein Fünkchen  
Hoffnung unsern Geist  
erwärmt!

Durch Wolken sucht das  
Licht sich eine Pforte.  
Noch gestern warst du müde  
und verhärtet,  
heut sprudelt Herzblut und  
du findest Worte.

Dir fallen Jugendfreuden  
und auch Sünden ein,  
was du daraus gelernt,  
kommt hinterher gekrochen.  
Du bist ein Teil der Welt und  
diese Welt ist dein,  
du sprüht die Jahre nicht,  
nicht die verbrauchten  
Knochen.

Marlene Neuber

**Alternativer  
Neujahrsempfang**

05.02.2018 ab 10.30 Uhr  
Wochenmarkt Neustadt

**Liebe Hallenserinnen und Hallenser,**  
der Stadtverband DIE LINKE. Halle und die Fraktion der Partei DIE LINKE im Stadtrat von Halle (Saale) laden Sie herzlich zum ALTERNATIVEN NEUJAHRSEMPFANG ein.

Wir freuen uns mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.  
Am **5. Februar in der Zeit von 10.30 Uhr – 13.00 Uhr** möchten wir und die Bundestagsabgeordnete **Dr. Petra Sitte** sowie die Landtagsabgeordneten **Henriette Quade, Swen Knöchel** und **Hendrik Lange** mit Ihnen bei Bockwurst, Schnitzchen, heißen und kalten Getränken das neue Jahr betrachten und ins Gespräch kommen.

**Wir freuen uns auf Sie!**

V.l. S.d. P.: DIE LINKE. Halle (Saale), Marlene Böttcher, Lehnroggen 4, 06108 Halle (Saale)

**DIE LINKE.**  
Stadtverband Halle (Saale)



**DIE LINKE.**  
Fraktion im Stadtrat von Halle (Saale)

## Aus der Stadtratssitzung vom 20. Dezember 2017

Der Haushalt für das Jahr 2018 ist beschlossen!

Er hat ein Volumen von 706 Millionen Euro; 95 Millionen sind für Investitionen eingeplant. Die Fraktionen haben insgesamt über 30 Änderungsanträge eingebracht, die ein Volumen von über 3,6 Millionen Euro beinhalten.

Im Vorfeld der Stadtratssitzung hatten sich die Fraktionen bereits zu allen Vorschlägen verständigt und einen „Haushaltskompromiss“ erarbeitet. Unsere Anträge wurden im Großen und Ganzen aufgenommen. Sie bezogen sich vor allem auf die Einstellung von höheren finanziellen Mitteln für Vereine, die auf dem Gebiet der sozialen Arbeit tätig sind.

Gelungen – mit der Unterstützung anderer Fraktionen – ist es uns auch, die Honorare der Dozentinnen und Dozenten der Volkshochschule sowie der Musikschullehrer\*innen zu erhöhen. Auch der Antrag zur Einrichtung einer „Fachstelle für Demokratie – gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit“ wurde durchgesetzt. Ein Wehrmutstropfen dabei ist, dass sich der Name dieser 3/4-Stelle nicht so durchgesetzt hat, wie wir es wollten. Wir wollten deutlich zeigen, dass diese Stelle „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“ heißt und somit auch der inhaltliche Anspruch dieser Stelle deutlich wird.

Auch der Antrag aller Fraktionen für die Einrichtung einer 0,5-Stelle für die Koordinierung und Organisation der Präventionsarbeit (Präventionsrat) wurde angenommen.

Bodo Meerheim hob in seiner Rede zum Haushalt hervor: „Der Haushalt hat viele Hoffnungen und Risiken“. Positiv urteilte er über die Aufnahme von Krediten, die es ermöglichen, notwendige Investitionen an Schulen zu finanzieren. Die Arbeitsweisen zur Vorbereitung der Haushaltsberatungen seitens der Stadt Halle (Saale) wurden von ihm kritisiert. So plädierte er wieder dafür, die Beratungen zum Haushalt wie bisher (abschnittsweise nach Fachbereichen) durchzuführen. Mit großer Mehrheit wurde der Haushaltsbeschluss angenommen.

Nach mehrmaligen Anläufen zur Beschlussfassung wurde den Mitgliedern der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle Entlastung erteilt; dem ehemaligen Geschäftsführer Herrn Stiska nicht. Die Ursachen dafür sind nicht transparente finanzielle Planungen und Aufgaben in der Vergangenheit.

Ohne größere Diskussionen sind die Vorlagen zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kindertagesstätten, zum Eigenbetrieb für Arbeitsförderung und die

Zweckvereinbarung zur Gestaltung eines zukunftsorientierten Strukturwandels im Mitteldeutschen Braunkohlerevier sowie diverser Bebauungspläne zum Dienstleistungs- und Gewerbestandort Halle-Bruckdorf beschlossen worden.

Beschlossen wurde auch die Aufstellung des Kunstwerkes „Der kleine Schauer“ von Michael Krenz im Sitzbereich der Freifläche vor dem Steintor. Wir haben auch zugestimmt. Letztlich auch deshalb, weil damit einmal mehr die Forderungen unserer Fraktion nach mehr Kunst im öffentlichen Raum erfüllt werden.

Der Antrag unserer Fraktion zur Erweiterung der Anspruchsberechtigten für die Nutzung des Halle-Passes A wurde zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse verwiesen. Der Antrag beinhaltet, dass die Anspruchsberechtigten der Sozialleistungen Wohngeld und Kinderzuschlag ebenfalls den Halle-Pass A nutzen können. So gab es z.B. im September des vergangenen Jahres 5.900 Bezieher\*innen von Wohngeld, davon 1.500 Kinder und Jugendliche im Alter von 0–25 Jahre. Gerade für die Kinder möchten wir Verbesserungen schaffen. Nutzer\*innen des Halle-Passes haben z.B. kostengünstigeren oder kostenfreien Zugang in Kultur- und Freizeiteinrichtungen der Stadt Halle (Zoo, Theater, Frei- und Hallenbäder).

Im nicht öffentlichen Teil wurde über die Zukunft des „HASI“ – des soziokulturellen Zentrums in der Hafensstraße 7 debattiert. Bis zum 31.01.2018 hat das „HASI“ noch die Möglichkeit, auf dem Gelände der Hafensstraße 7 bzw. in dem Gebäude tätig zu sein. Dann läuft der Vertrag mit der HWG aus. Mit einem Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM sollte eine Alternative geschaffen werden, dem soziokulturellen Projekt eine Zukunft an dieser Stelle zu geben. Wir wollten, dass die Stadt Halle (Saale) dieses Objekt von der HWG anmietet und dann an den Verein untervermietet. Leider hat dieser Antrag im Stadtrat ganz knapp eine Mehrheit verfehlt. Nun ist die Perspektive des soziokulturellen Projektes gefährdet! Bereits in der Bürgerfragestunde gab es viele Bürgerfragen zu diesem Projekt. Vor allem Anwohner aus der Hafensstraße kritisierten das Projekt. Als Fraktion haben wir das Projekt unterstützt; vor allem die vielfältigen Aktivitäten des Vereins, die alternativen Angebote mitten in unserer Stadtgesellschaft.

Wie es nun nach dem 31.01. weitergeht, wissen wir derzeit noch nicht.

Ute Haupt, Stadträtin



## Löhne rauf, Dauerstress stoppen!

Die Bundestagsabgeordnete Frau Dr. Sitte unterstützte heute die Streikenden der KSB-Gruppe in Halle.

Die IG Metall fordert eine sechsprozentige Lohnerhöhung und die Möglichkeit, die Wochenarbeitszeit zeitweise auf 28 Stunden senken zu können. DIE LINKE unterstützt die Warnstreiks der IG Metall in der Metall- und Elektroindustrie.

Die Arbeitgeber bieten bislang lediglich nicht hinnehmbare zwei Prozent Lohnerhöhung und fordern statt einer Arbeitszeitverkürzung die Möglichkeit, mehr Beschäftigte länger als 35 Stunden arbeiten zu lassen. Die Profite der Arbeitgeber in der Metall- und Elektroindustrie steigen stetig - die rund 3,9 Millionen Beschäftigten in dieser Branche müssen ebenfalls davon profitieren! Mit dem LINKEN Solid-Flyer könnt Ihr vor Ort die Warnstreiks mit Solidaritätsaktionen unterstützen.



# Löhne rauf, Dauerstress stoppen!

Wie immer, in guten wie in schlechten Zeiten, jammern die Arbeitgeber, dass die Forderungen der IG Metall nicht bezahlbar seien. Wann wenn nicht in den guten Zeiten sind diese Forderungen durchsetzbar? Die gute wirtschaftliche Lage und die hohen Profite müssen auch bei den Beschäftigten ankommen.

Wir als LINKE unterstützen euch, die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie, in der laufenden Tarifrunde und wünschen euch Kraft für die anstehenden Aktionen und Streiks! Flexibilisierung darf keine Einbahnstrasse sein. Seit vielen Jahren haben Leistungsdruck, flexible Arbeit und Überstunden auch in der Metall- und Elektroindustrie zugenommen. Arbeitszeitverkürzung und höhere Löhne sind angesichts der hohen Produktivität und der sprudelnden Profite berechnete Forderungen, die nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen!

### Arbeitszeit ist Lebenszeit!

Wir brauchen eine gesellschaftliche Diskussion über eine gerechte Verteilung der Arbeit und eine neue Verkürzung der Arbeitszeit. Während viele Beschäftigte unbezahlte Überstunden leisten und Arbeit und Leben kaum noch in Einklang bringen können, werden viele Frauen in unfreiwillige Teilzeit abgedrängt, drei Millionen Menschen sind erwerbslos. Der gewachsene Reichtum macht eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung möglich. Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich ist auch angesichts der anstehenden Umbrüche in der Industrie eine sinnvolle Perspektive, um Beschäftigung zu sichern.

Wir kämpfen im Parlament und an der Seite der Gewerkschaften für gute Arbeit für alle und machen Druck auf die Bundesregierung:

**Dauerstress stoppen!** Gesetzliche Wochenhöchstleistungszeit auf 40 Stunden begrenzen. Überstunden müssen die Ausnahme sein und mit Zuschlägen entlohnt werden! Die Beschäftigten müssen mehr Einfluss auf die Gestaltung ihrer Arbeit und Arbeitszeit haben. Wir wollen erweiterte Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte und Belegschaften bei der Personalpolitik, damit Überstunden begrenzt werden und mehr Personal eingestellt wird.

**Kürzere Arbeitszeiten, die sich mehr um das Leben drehen:** Alle Beschäftigten, die sich um Kinder oder pflegebedürftige Angehörige kümmern, müssen das Recht haben, ihre Arbeitszeit mit einem Lohnausgleich zu verkürzen. Wir fordern zudem ein Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung durch ein Rückkehrrecht zu der vorherigen vertraglichen Arbeitszeit. Unsere Perspektive: kurze Vollzeit als neue Normalarbeitszeit, mit flexibel gestaltbaren Arbeitszeiten zwischen 28 und 35 Stunden.

■ Und wie der Fall Siemens aktuell zeigt:

**Entlassungen in profitablen Unternehmen gehören verboten!** Wir wollen zudem stärkere Mitbestimmungsrechte der Belegschaften, um die permanenten Erpressung durch Auslagerungen, Umstrukturierung und Standardschließungen zu stoppen!

✂

Ich möchte weitere Informationen  
 Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.  
 Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname  
 Straße, Hausnummer  
 PLZ, Ort  
 Telefon  
 E-Mail

**DIE LINKE.**

Partei vorstand der Partei DIE LINKE  
 Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
 Tel. 030 / 24009999 Fax: 030 / 24009541  
 parteivorstand@die-linke.de [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)  
 V.i.S.d.P.: Harald Wolf

## Das Bedingungslose Grundeinkommen

Immer öfter wird in der Gesellschaft über das bedingungslose Grundeinkommen gesprochen. Das erste Mal nahm 2017 das Bündnis Grundeinkommen an der Bundestagswahl teil und konnte immerhin fast 100 000 Stimmen gewinnen. Auch in der Linken arbeitet die Bundes-Arbeits-Gemeinschaft Grundeinkommen.



Eine Thematisierung des Grundeinkommens wurde in der Vergangenheit durch einen Vorstandsbeschluss zurückgestellt. Entsprechend stellt man fest, dass an der Basis oder in der Bevölkerung das Wissen über das bedingungslose Grundeinkommen sehr gering, lückenhaft oder überhaupt nicht vorhanden ist. Diskussionen über diese Einkommensform werden in Presse und Fernsehen sporadisch und im bescheidenen Umfang durchgeführt. Selten wird über die territorial begrenzten Versuche mit dem bedingungslosen Grundeinkommen in verschiedenen Ländern berichtet.

Wir wollen in unserer Zeitung dieses Thema aufgreifen, Inhalte wiedergeben, Fakten darlegen, Folgen erläutern und zur Diskussion anregen.

Die Notwendigkeit über dieses Thema zu sprechen, ergibt sich durch die zunehmende Digitalisierung (Automatisierung) aller Bereiche des Lebens. In Zukunft

werden viele Arbeitsplätze verschwinden und die Unzufriedenheit bzw. Ängste breiter Schichten der Bevölkerung zunehmen. Gepaart mit einer gefühlten Konkurrenz durch eingewanderte Flüchtlinge treibt es immer mehr Menschen zu politischen Kräften, die angeben das letztere Problem für sie zu lösen.

Der Stadtverband Halle (Saale) und der Verein »kommunalpolitisches forum« Sachsen-Anhalt laden herzlich ein.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Bedingungsloses Grundeinkommen bei der Partei DIE LINKE wird uns verschiedene Konzepte vorstellen und wir möchten mit Ihnen die Chancen, die sich für Kommunen und die Menschen ergeben, diskutieren.

### Wo?

**Kulturtreff Halle-Neustadt  
Am Stadion 6**

### Wann?

**22.01.2017  
16.30 Uhr**

V.I.S.d.P.: Marianne Böttcher

Deshalb müssen wir darüber diskutieren, wie und durch welche Veränderungen die Linke der Mehrheit der Bevölkerung berufliche und soziale Sicherheit geben kann.

Selbst Chefs großer Unternehmen haben eine andere soziale Absicherung in Deutschland gefordert.

Davon berichtete das „Neues Deutschland“ am 17.10.2017. So hieß es in einem Artikel:

„Nachdem Siemens-Chef Joe Kaeser kürzlich eine „Grundversorgung für das Alter“ gefordert hatte, äußerte sich Telekom-Chef Timotheus Höttges jetzt ähnlich im „Tagesspiegel“. Die Digitalisierung werde die Unternehmens- und Arbeitswelt enorm verändern. „Deshalb brauchen wir eine Diskussion, wie wir die Sozialsysteme auf die Herausforderungen der Digitalisierung einstellen“. Es müsse jetzt über Instrumente wie „das bedingungslose Grundeinkommen und als Teilvariante davon die Grundversorgung im



Alter“ gesprochen werden“, sagte Höttges. Dies solle in eine gesamte Reform der Sozialsysteme eingebettet werden.“

Diese Äußerungen haben die Genossen der „Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen“ bestärkt, eine Mitgliederbefragung ins Leben zu rufen. So heißt es im „Neues Deutschland“ in einem Artikel von Florian Haenes am 21.10.2017: Sie will damit eine Entscheidung über die Position der Partei erzwingen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft begründet ihren Vorstoß mit strategischen Erwägungen. »Das Silicon Valley und DAX-Konzerne haben neoliberale Modelle des Grundeinkommens ins Gespräch gebracht«, sagt Parteimitglied Ralf Engelke. Ein zwei Jahre alter Parteitagbeschluss hatte an die Mitglieder appelliert, zunächst keine endgültige Entscheidung über das Grundeinkommen herbeizuführen.“

Weiter zitiert das „Neues Deutschland“ Ralf Engelke: „Wir sind besorgt, dass sich diese Vorschläge in den

Köpfen der Bürger festsetzen. Die Linkspartei solle den neoliberalen Modellen deshalb ein linkes Grundeinkommen entgegensetzen, das existenzsichernd ist und ohne Bedürftigkeitsprüfung – also bedingungslos – an jeden Bürger ausbezahlt wird.“

Es gibt somit viel zu diskutieren! Auf jeden Fall würde das bedingungslose Grundeinkommen als Leitthema der Linken viele Millionen perspektivloser Menschen berühren und sie zur Unterstützung unserer Politik bewegen.

In diesem Zusammenhang möchte wir an die **Veranstaltung des Stadtverbandes Halle (Saale) und Kommunalpolitischen Forums Sachsen-Anhalt e.V. am Montag, dem 22. Januar 2018 um 16.30 Uhr im Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6, 06124 Halle (Saale), Thema:**

**„Ein bedingungsloses Grundeinkommen - Chancen und Risiken für Kommunen“** erinnern.

B.W.

**mitreden  
über Europa**

**Bürgerforum**  
am Freitag, 2. Februar 2018 | 17.00 Uhr  
Festsaal | Stadthaus | Marktplatz 2 | 06108 Halle (Saale)

**Begrüßung:** **Frank Piplat**  
Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Deutschland

**Podium:** **Arne Lietz**  
Mitglied des Europäischen Parlaments (SPD)  
**Martina Michels**  
Mitglied des Europäischen Parlaments (DIE LINKE)  
**Sven Schulze**  
Mitglied des Europäischen Parlaments (CDU)  
**Rainer Robra**  
Chef der Staatskanzlei und Minister für Europa- und Medienangelegenheiten des Landes Sachsen-Anhalt

**Moderation:** **Heike Groll**  
Leitende Redakteurin in der Chefredaktion der Volksstimme Magdeburg

Im Anschluss an die Diskussion findet ein Empfang statt. Europäische Projekte und Organisationen aus der Region stellen ihre Arbeit vor.

Der Eintritt ist frei.

Anmeldung bitte an: Telefon: 0941 - 69 64 63-0 | Telefax: 0941 - 69 64 63-1  
E-Mail: [mitreden@valentium.de](mailto:mitreden@valentium.de) | Online: [www.europarl.de](http://www.europarl.de)

#MitredenEU

## In Berlin und (H)alle dabei – Arme Kinder. Reiches Land. Kein Märchen.

Januar 2018, Petra Sitte

Ach, was war das wieder für ein schönes Weihnachtsfest! Die Familien kamen zum traditionellen Weihnachtsessen zusammen, sangen gemeinsam und es gab reichlich Geschenke. Danach fielen alle in ein kollektives Schokoladenkoma. Silvester stieg dann auch noch eine Party zum Jahresabschluss. Da knallten die Korken und die Böller – es wurde gespielt, getanzt und gelacht. Der Dezember ist der Monat der rauschenden Feste und des Überschwangs in allen Häusern. Jetzt ist Januar und nun kommt diese Kolumne daher. Sie vermiest im Nachgang die schönen Erinnerungen mit einem bitteren Thema, an das wir in der Weihnachtszeit nur ungern erinnert werden wollten. Schließlich sind ja schon die tausend Spendenaufrufe im Fernsehen eine Attacke auf das eigene Gewissen. Aber wir müssen nun einmal – und nicht nur an Weihnachten – auch über die ernsten Dinge des Lebens reden. Denn nicht jeder, vor allem nicht jedes Kind erlebt ein Weihnachtsfest so überschwänglich wie hier geschildert.

21 % aller Kinder in Deutschland leben in Armut. Arm ist, wer von weniger als 60 % des durchschnittlichen Nettoeinkommens lebt. Das fand eine langjährig angelegte Studie der Bertelsmann-Stiftung heraus. Jedes fünfte Kind ist also von Armut betroffen. Jedes Dritte, wenn jene Kinder mitgezählt werden, die nur kurzzeitig in Armut leben müssen. Fakt ist auch: Wer einmal in der Armut steckt, kommt nur sehr schwer wieder heraus. Denn von Armut betroffene Kinder müssen auf vieles verzichten und sind von sozialen und kulturellen Aktivitäten ausgeschlossen. Das höchste Armutsrisiko trete in den Ballungszentren auf. Von Armut bedroht seien vor allem Kinder, deren Eltern keinen Schulabschluss beziehungsweise einen geringen Bildungsgrad haben. Auch Kinder von Alleinerziehenden sind armutsgefährdet. Sind die Eltern arm, könne sich die Armut von Generation zu Generation ‚vererben‘, fasst ZEIT Online die Studie aus dem Jahr 2015 zusammen.

Das gilt auch in Sachsen-Anhalt. Hier ist die Kinderarmut in Halle und Magdeburg besonders hoch. 2015 waren 33,4 % der Kinder aus Halle von Armut betroffen und lebten von Hartz IV. Das lag sogar über dem Landesdurchschnitt von 24 %. So nimmt Halle

leider einen Spitzenplatz ein. Und schauen wir noch tiefer in Halle hinein, so erschrecken die Zahlen besonders. Im Stadtteil Halle-Neustadt sind 70 % aller Kinder von Armut betroffen, berichtete die Mitteldeutsche Zeitung im Oktober 2016. Und der Sozioökonomische Disparitätsbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2015 sagt, dass Halles Stadtteil Silberhöhe als Armenhaus von Sachsen-Anhalt gelten könne. Denn mehr als zwei Drittel der hier wohnenden Kinder lebe von Hartz IV.

Ja, diese Zahlen sind zum Teil schon drei Jahre alt, ändern aber nichts am Problem und an der Tragik. Halle erlangte durch seine Zahlen traurige Berühmtheit; auch durch einen Beitrag von SPIEGEL-TV im April 2017 über die Armut in Halle-Neustadt. Das macht deutlich: Es muss etwas geändert werden, wenn wir wollen, dass kein Kind mehr in unserem reichen Land auf etwas verzichten muss.

Im April 2017 hat sich darum ein landesweites Netzwerk gegen Kinderarmut gegründet. Darin vertreten sind Engagierte aus Sozialverbänden, Vereinen und Parteien. Zu ihnen zählen zum Beispiel der Fraktionsvorsitzende der linken Bundestagsfraktion Dietmar Bartsch und die Landtagsabgeordnete Eva von Angern. Auf der Netzwerkseite gibt es umfangreiche Informationen zu den Netzwerktreffen, den Mitwirkenden und zur Thematik.

Durch Erwerbslosigkeit, niedrige Löhne und Hartz IV steigt die Armut. Um dem entgegenzuwirken, muss der Sozialstaat ausgebaut werden. Dazu gehören unter anderem eine Reformierung des Kindergeldes und der Kinder-Regelleistungen bei Hartz IV. Aktuell sind die Regelsätze viel zu niedrig und bedrohen dadurch vor allem die Existenzen von Alleinerziehenden, so die Linksfraktion auf ihrer Homepage. Darum fordert sie eine eigenständige Kindergrundsicherung, bestehend aus 328 Euro Kindergeld, einer guten sozialen Infrastruktur und einer starken Kinder- und Jugendhilfe für jedes Kind. Darüber hinaus müssen die sozialstaatlichen Unterstützungssysteme ausgebaut und diskriminierungs- und sanktionsfrei gestaltet werden. Das geht beispielsweise über einheitliche Familienstellen, die den Zugang zu den ausgebauten Sozialleistungen erleichtern sollen, indem sie beratend und bei der Beantragung von Sozialleistungen unterstützend

**Tief erschüttert teilen wir mit, dass die  
Genossin Ingrid Giesel  
am 06.Januar.2018 verstorben ist.  
Ingrid hat über viele Jahre ehrenamtlich  
in unserem Büro gearbeitet und dürfte  
jeder Genossin, jedem Genossen bekannt  
gewesen sein.**

**Mit Ingrid verlieren wir eine  
außergewöhnlich engagierte  
Genossin, deren Andenken wir  
stets bewahren.**

**Danke.**

**Marianne Böttcher  
für den Stadtvorstand DIE LINKE.Halle  
Stadtverband DIE LINKE.Halle  
BO Silberhöhe**



tätig sind. Momentan müssen die Betroffenen nämlich bei verschiedenen Ämtern vorstellig werden, um Anträge oder eine Beratung zu erhalten.

Darüber hinaus hat die LINKE Bundestagsfraktion im November 2017 einen Antrag für ein Kinderweihnachtsgeld in Höhe von 50 % des monatlichen Kindergeldes gestellt. Derzeit wird dieser Antrag noch in den Ausschüssen diskutiert. Die Linksfraktion begründet ihren Antrag damit, dass Weihnachten zu feiern gesellschaftliche Teilhabe für die Kinder bedeute. Dafür sollte jedes Kind auch die Möglichkeit bekommen. Dieses Weihnachtskindergeld könne das ermöglichen und sie wenigstens einmal im Jahr etwas von ihren Entbehrungen entlasten.

Die LINKE Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt hat im Juni 2017 mit Hilfe eines Antrages die Landesregierung auffordern wollen, sich auf Bundesebene für eine Kindergrundsicherung von 564 Euro und die Erhöhung des Kindergeldes auf 328 Euro einzusetzen. Die Kenia-Koalition legte daraufhin im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitales eine

Beschlussempfehlung vor, die dem ursprünglichen Antrag nicht mehr gerecht wurde. Das lässt sehr an der Glaubwürdigkeit von Grünen und SPD auf Landesebene zweifeln.

Welche Bedeutung dieses Thema auf Bundesebene erreicht, wird sich mit der neuen Regierung zeigen. Momentan laufen ja noch die Gespräche. Die SPD könnte die Chance nutzen und entsprechende Forderungen als Bedingung für eine Koalition stellen, um endlich solche katastrophalen Zustände im Land zu ändern. Denn nicht erst seit der Agenda 2010, die für die hohe Kinderarmut mitverantwortlich ist, kann man zurecht an der Bedeutung des Buchstaben „S“ in SPD zweifeln.

DIE LINKE. jedenfalls wird auf allen Ebenen weiter für eine Gesellschaft ohne Armut kämpfen und kann sich starker Unterstützung erfreuen, wie das Netzwerk gegen Kinderarmut zeigt.

Und dann wird hoffentlich bald jedes Kind in Deutschland ein unbeschwertes und fröhliches Weihnachtsfest erleben.

### **Linkes Blatt**

#### **Impressum:**

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
DIE LINKE Saalekreis  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

#### **Spende erbeten**

Endredaktion dieser Ausgabe:  
11.01.2018  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 08.02.2018

## BuchRezension

### **Der Ungeist der Evaluierung**

Leipziger Dingsda-Verlag bringt die Konfliktreiche Geschichte der Familie von Sarah und Rainer Kirsch heraus.

von *Rudolf Scholz*

Es ist keine Seltenheit, dass Verleger zu Autoren ihres eigenen Verlages werden. Das trifft auch auf den Leipziger Verleger Joachim Jahns zu, der sich mit dem Dingsda-Verlag für ostdeutsche Literatur engagiert. Welche Risiken sich damit verbanden, zeigte sich zum Beispiel, als er die Autorenbiographie „Ein ganz gewöhnliches Leben“ von Lisl Urban veröffentlichte und der an der Liquidierung des Warschauer Getthos beteiligte SS-Hauptsturmführer Erich Steidtmann eine gerichtliche Klage anstrebte, die auf das Verbot des Buches zielte.

Als kenntnisreicher, den Fakten akribisch nachspührender Autor erwies sich Jahns seither mit Büchern wie „Der Warschauer Getthokönig“, „Erwin Strittmatter und die SS, Günter Grass und die Waffen-SS“ und „Erwin Strittmatter und der böse Krieg“. Auch in seinem neuen Band bewährt sich seine Fähigkeit, vielschichtige Lebenssituationen aufzubrechen, die von zeitgeschichtlichen Krisen und Verwerfungen geprägt sind.

Den Anstoß zu seiner Recherche gab ein Brief, der den Verleger Anfang 2011 erreichte. Die Absenderin war ihm aus früheren Begegnungen als ehemalige Palucca-Schülerin bekannt.

Beim Sichten des Archives ihres verstorbenen Mannes habe sie eine Akte mit Aufschrift „Evaluierung“ gefunden, teilte sie mit. Darin seien akribisch die Vorgänge seiner Entlassung bzw. seines Rausschmisses als leitender Professor aus seinem Institut festgehalten. Es seien Dokumente, die eine genaue Darstellung der Vorgehensweise in den 1990er Jahren aufzeigten. Sie fragte, ob Jahns sich vorstellen könne, dieses Material „als sachliche Darstellung anhand von Dokumenten, kurzen Kommentaren und einer entsprechenden Einleitung zwischen zwei Buchdeckel zu bringen“.

Bei dem Betroffenen handelte es sich um den international anerkannten Wissenschaftler Wolfgang Kirsch, Professor für Latinistik und Direktor der Sektion Orient- und Altertumswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Er war der jüngere Bruder des Dichters Rainer Kirsch. Dessen Ex-Ehefrau, die Lyrikerin Sarah Kirsch, war

bekanntlich 1977 in die BRD ausgereist.

Klar, dass auch den beiden Dichtern Jahns Interesse gilt. Die ihnen gewidmeten Kapitel, beispielsweise der persönliche Besuch bei Rainer Kirsch ein Jahr vor dessen Tode und das faktengesättigte Porträt über die junge Sarah, zeichnen sich sogar durch einen hohen Informationswert aus. Im Mittelpunkt der zeitgeschichtlichen Recherche steht indess die Verleumdungskampagne, der sich Wolfgang Kirsch nach 1990 ausgesetzt sah. Sie mündete in die rechtsstaalich fragwürdige Evaluierungsprozedur und stürzte ihn in eine existenzielle Krise, die ihn bis in den Tod hinein nicht ruhen ließ. Ähnliches haben viele tausende DDR-Bürger seinerzeit über sich ergehen lassen müssen. Selten aber dürfte so prägnant auf den Punkt gebracht worden sein, wie jene Unrechtmäßigkeiten inszeniert wurden und wer sich zu deren Helfershelfern machte. Da tritt auch zutage, welche Rolle die sogenannten Personal-kommissionen spielten.

Mit einer Sorgfalt, bei der auch beiläufige Details wichtig sind, zeichnet Jahns anhand lückenloser Quellenachweise, gleichsam mit Name und Hausnummer, alle Zumutungen nach, denen sich Kirsch ausgesetzt sah. Nicht nur, dass seine rechtmäßige Berufung zum Sektionsdirektor in Frage gestellt und seine persönliche Integrität beleidigt wurde. Auch das Gerücht wird ausgestreut, er sei „Offizier der Stasi“ gewesen. Immer wieder entlarft Jahns jedoch auch die Selbstlügen derer, die über Wolfgang Kirsch zu Gericht saßen und an ihren Nachwende-Karrieren bastelten.

Einer der Beflissenen von ihnen: Johannes Mehlig, der als „verlängerter Arm des FDP-Ministers Wolfgang Frick“ gilt, eines Mannes, der Andersdenkende öffentlich als „Ratten“ diskriminierte.

Aber auch couragierte Solidarisierungen weiß der Autor zu würdigen. So hat der renommierte Tacitus-Forscher Reinhard Häußler, langjähriger Professor an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, in einem Protestbrief seinen Austritt aus der Mommsen-Gesellschaft erklärt, als er miterleben musste, wie sich bei der „kollektiven Vereinigung“ eine Mehrheit als Sittenwächter aufspielte und ostdeutsche Wissenschaftler von Rang, unter ihnen Wolfgang Kirsch, die Mitgliedschaft verweigerte.

**Joachim Jahns, „Die Kirschs oder die Sicht der Dinge“ Dingsda-Verlag Leipzig, geb., 224 S., 24,99 Euro.**

Nachsatz: Frau Clemenz-Kirsch leitete jahrelang die Saalekreis-Bücherei.



## Wirtschaftsgeschichte Teil 1: Die Mont Pèlerin Society

Es ist selten, dass ich freie Abende habe. Je nach Lust und Laune entscheide ich mich dann an solch einem Abend entweder für ein gutes Buch oder ein gutes Fernsehprogramm. Bei letzterem bietet das normale Fernsehen für jemanden, der sich die Filme und Serien nicht aus dem Netz zieht, eher weniger Gutes. Doch auf den dritten und vierten Sendern kann man durchaus etwas Geistreiches finden. So mag ich gute ausländische Filme mit einem historischen oder sozialen Hintergrund, klassische Konzerte, Dokumentationen oder eben politisches Kabarett. Im November hatte ich einen Abend, an welchem ich mich wie wahnsinnig auf „Die Anstalt“ freute. Sicherlich dem Leser nicht unbekannt, werden hier mit ausreichend scharfer Würze, Witz und Know-How aktuelle politische Themen diskutiert und szenenhaft vorgetragen. Diese Abende sind nicht nur interessant und amüsant, sie tragen ab und an mit Themen zum Stopfen von Wissenslücken bei. Ein jener Abend ereignete sich also im November, bei welchem ich gemütlich mit einem Glas Wein auf der Couch saß und hoffte, etwas leichte Kost zum aktuellen Geschehen vor dem Zu-Bett-Gehen aufnehmen zu können. Im Laufe der Sendung wurde mir nur schwer ums Herz und die erhoffte Leichtigkeit stellte sich nicht ein. Der Grund: es wurde über die Mont Pèlerin Society berichtet – ein neo-liberaler Think Tank, der seit der Gründung 1947 mittlerweile weltweit mit ca. 500 Teilnehmerunternehmen und Institutionen versucht, den Neoliberalismus durchzusetzen. Das bedeutet, den Reichen und Einflussreichen alles, und wen interessieren die Armen... oder eben den Rest, leider den Großteil, der Bevölkerung. Als Linke lässt man da schnell den Kopf hängen und denkt sich, „super, alles was ich versuche, für das Land zu erreichen, ist hinfällig. Denn Die Linke hat nun mal keine Lobby und wenig Anhänger in einflussreichen Kreisen. Ist alles umsonst, wofür ich meine kostbare Freizeit verwende?“

Aber von vorne. Die Mont Pèlerin Society (MPS) wurde 1947 bei einer Zusammenkunft von Akademikern, Geschäftsleuten und Journalisten am Mont Pèlerin (am Genfersee, zwischen Lausanne und Montreux) in der Schweiz gegründet. Diesem Versammlungsort verdankt sie ihren Namen. Begründer der Gesellschaft ist Friedrich von Hayek, ein Österreicher.

Hayek war einer der einflussreichsten Vordenker des

Liberalismus im 20. Jahrhundert. Nach seinem Einsatz als Jugendlicher im Ersten Weltkrieg, in welchem er verwundet wurde und seither auf einem Ohr taub ist, kehrt er nach Wien in sein Elternhaus zurück. Dort beginnt er unverzüglich ein Studium der Rechtswissenschaften. Obwohl er mehrheitlich an Vorlesungen in Volkswirtschaft und Psychologie teilnimmt, schließt er 1921 mit gerade einmal 22 Jahren sein Jurastudium mit Promotion ab. Es beschließt, ein zweites Studium anzuschließen. Dieses Mal sollen es die Staatswissenschaften sein. Er vertieft seine ökonomischen Kenntnisse und erhält zwei Jahre später auch in diesem Fach den Dokortitel. Sein Wissensdurst war dem begründet, dass er an der Erschaffung einer neuen, besseren Welt mitwirken wollte. Ihm schien die sozialistische Lehre am ehesten geeignet, eine gerechtere Welt zu erschaffen. Er empfand große Begeisterung für die Planwirtschaft, welche ihm schon nicht bald später als falsch vorkommen sollte.

Bei Hayeks erster Tätigkeit nach seinem Studium im österreichischen Abrechnungsamt (dort werden die Angelegenheiten der Reparationszahlungen und Kriegsfolgen abgewickelt) lernt er Ludwig Mises kennen. Mises gilt als ein wichtiger Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie. Von dessen Buch „Die Gemeinwirtschaft“ ist er schwer beeindruckt. Mises legt in diesem Buch die Undurchführbarkeit des Sozialismus dar. Hayek ist sofort überzeugt, schmeißt seine Begeisterung für die Planwirtschaft über Bord und wird zu einem „radikalen Anti-Sozialisten“, wie er sich selbst nennt. Mises wird Hayeks Mentor.

Hayek wird nach seinem Studium von einer großen Reiselust befallen. Er reist nach Nordamerika und arbeitet dort zunächst ein halbes Jahr als Forschungsassistent für den US-Ökonomen Jeremiah W. Jenks. An dessen Institut in New York widmet er seine Forschungen der amerikanischen Währungspolitik. Er sammelt wichtige Kenntnisse über Methoden der Konjunkturforschung und Wirtschaftsstatistik. Seine Arbeit in den Staaten beflügelt ihn so, dass er daran denkt, in Wien ebenfalls ein Konjunkturforschungsinstitut einzurichten. Mit Hilfe seiner Mentors Mises und Investoren kann er 1927 das Österreichische Konjunkturforschungsinstitut gründen. Er widmet sich eifrig den Wirtschaftszyklen und entwickelt

eine eigene Konjunkturtheorie. Er sagt mit Mises die Weltwirtschaftskrise voraus und dies verschafft seinem Institut bleibenden Ruhm. Ihre benannten Gründe für den Ausbruch erklären Akademiker und Wirtschaftler für plausibel und zollen beiden Respekt. Hayeks Arbeit findet nun international Beachtung.

1929 erlangt Hayek dadurch eine Professur an der London School of Economics. Hier trifft er auf seinen größten Konkurrenten Keynes, dessen Theorien an der Schule anerkannt sind. Hayek startet mit einem schweren Stand und muss sich den Respekt der anderen Dozenten erst verdienen. Keynes' Werke hält er für vehement verkehrt. Mit Keynes' Buch „Prices und Production“ kann Hayek wenig anfangen. Er bezeichnet es als unverständlich, denn die dort dargelegte Konjunkturtheorie steht im krassen Widerspruch zu Hayeks Werk. Keynes ist ein Verfechter von staatlichen Interventionen in der Wirtschaft. Während des Zweiten Weltkrieges wird die Schule bombardiert und nach Cambridge verlegt. Hier schreibt Hayek sein berühmtes Werk „Der Weg zur Knechtschaft“. In diesem Buch beschäftigt er sich nicht mehr mit der Wirtschaftstheorie, Hayek befasst sich nunmehr mit der Ordnungspolitik und Sozialphilosophie. Er warnt in seinem Buch vor den Gefahren der Planwirtschaft, und wendet sich damit an „den Sozialisten aller Parteien“. Er konstatiert, dass für ihn Kollektivismus

und individuelle Freiheitsrechte nicht vereinbar sind. Der Nationalsozialismus ist für ihn nur eine Weiterentwicklung des Sozialismus. Dieses System führt für ihn in die Unterdrückung, oder, wie er es nennt, in die Knechtschaft.

Des Weiteren wettet er in seinem Buch gegen jede Art der staatlichen Einmischung in den Wettbewerb. Er lehnt ein Zentralverwaltungssystem ab und meint, solche Systeme seien einer Marktwirtschaft unterlegen und nicht funktionsfähig.

Die Entwicklungen der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts geben Hayek Recht. Er beschreibt den Niedergang des Ostblocks und der sozialistischen Systeme. Hayek wird als der Federführer genannt, wenn es darum geht, dass der Sozialismus in der westlichen Welt nach dem Zweiten Weltkrieg nicht Fuß fassen konnte. Seine Unternehmungen zum Aufblühen des Liberalismus zeigen sich letztlich in der Gründung der Mont Pèlerin Society 1947. Gemeinsam mit 36 liberalen Denkern ruft er den ersten liberalen Think Tank ins Leben. Heute gehören über 500 Mitglieder zur MPS. Sie gilt als Knotenpunkt neoliberaler Bestrebungen. Sie ist eine der bedeutendsten Denkfabriken überhaupt. Heute gehören Vertreter des Neoliberalismus zu ihren Anhängern und Mitgliedern.

Daniela Müller

Redaktion Saalekreis

**In der nächsten Ausgabe: Teil 2 – Linke Think Tanks**

## **„It's beginning to look a lot like Christmas....“**

Was gibt es schöneres, als Weihnachten mit seinen Lieben zu verbringen. Meine Familie trifft sich traditionell am 25.12. zu einem gemeinsamen Mittagessen. Da schlemmen wir und tauschen uns aus. In Familie, eben. Aber wenn man bedenkt, ist meine Familie nicht sehr groß: das sind nur noch ein Onkel und eine Tante, deren Sohn und Frau und der Junge. Mit meinen Eltern und mir bringen wir gerade einmal acht Leute an die Tafel. Dabei war das früher einmal anders. Meine Mutter hat außer ihrem Bruder noch zwei Schwestern samt Familie und Kindern. Doch die sehen wir seit über 20 Jahren nicht mehr. Damals gab es einen Streit in der Familie. Es entwickelten sich zwei Lager und meine Großeltern mütterlicherseits mittendrin. Im letzten Jahrhundert sind beide Großeltern verstorben und die Eltern meines Vaters kenne ich nicht. Auch die verstarben beizeiten. Also nur die Familie meiner

Mutter, mit der ich eine Geschichte habe. Und auch hier wurde noch zusätzlich gesiebt. 2015 bei der Geburtsatsfeier meiner Mutter verabschiedete sich unsere verbliebene Familie vom zweiten Sohn ihres Bruders. Der griff mich verbal als Linke an und machte sich lustig über meinen sozialen Charakter, meine Patenschaften und ehrenamtlichen Aktivitäten. Als er lächelnd meinte, er sei stolz, ein Nazi zu sein, erhob ich mich von der Tafel und meinte, „mit so jemandem nicht an einem Tisch sitzen zu müssen“. Seither nimmt er bei Feierlichkeiten in unserem Kreis nicht mehr teil; er wurde ausgeladen. Sein Vater natürlich entsetzt. Er konnte doch nicht wissen... Dabei ist mein Onkel auch tüchtig schwarz. Im vergangenen Jahr kämpfte ich mit einem herben Verlust und rief bei ihm an. Er hörte sich kurz meine verschluchzte Stimme an und meinte dann, dass wir Linken auch einen an der

Klatsche hätten...

Familie kann man sich nicht aussuchen, Freunde aber immer. So war es mir ein unheimliches Bedürfnis, meinen zweiten Feiertag mit Menschen meines Herzens zu verbringen. Meine Mutter, die meine beste Freundin ist, hat sich angeboten, mit meinem Vater mit dabei zu sein. Weiterhin nahmen teil ein junger syrischer Geflüchteter, auf den ich seit Sommer letztes Jahr aufpasse, ein guter Freund, dessen Frau sich 2016 von ihm getrennt hat und ein weiterer Freund, der sich mit seinen Eltern verstritten hat. Ich war erfreut, alle gegen 12 begrüßen zu dürfen und gemeinsam stießen wir mit einem Glas Sekt auf den gemütlichen Teil des Tages an. Khalaf, mein kleiner Syrer, bekam Johannisbeersaft. Er trinkt keinen Alkohol. In meinem Wohnzimmer sammelte sich nun unsere zusammengewürfelte „Familie“ und diskutierte über mancherlei Themen. Ich wäre froh gewesen, es handle nicht von Politik, aber die Situationen der Einzelnen lassen uns leider immer wieder hierher zurückkehren. So berichtete mein getrennt lebender Freund, dass er im Januar einer Erhöhung des Unterhalts für seinen Sohn erhalte. Er wisse heute schon nicht, wie er mit seinem, für den östlichen Normalverdiener gutem, Gehalt auskommen soll. Und dann muss er auch noch 50 Euro mehr abtreten. Des Weiteren macht ihm die Einsamkeit zu schaffen und dann der ständige Streit mit der Ex... Ich halte ihn für suizidgefährdet. Im Januar habe ich bereits einen Freund verloren, ich kenne mich da aus. Der andere Freund hat gerade seinen Job verloren. Seine Eltern interessieren sich nicht im Geringsten für ihn und sind der Meinung, mit einem 100 Euro-Schein die fehlende Nähe und vielleicht auch Liebe ausgleichen zu können. Khalaf lauscht gespannt. In unserer zusammengewürfelten Gruppe scheint er derjenige zu sein, der mein geringstes „Problem“ ist.

Khalaf, noch 18, lebt seit eineinhalb Jahren in Deutschland. Er ist damals aus Syrien mit seinen Cousins geflüchtet, als der IS sie rekrutieren wollte. Von Deutschland wusste er damals nur, dass es ein tolles Land sei; hier kannst Du arbeiten und viel Geld verdienen. Khalaf brachte seinen Hauptschulabschluss mit und nach einem dreiviertel Jahr wurde dieser auch anerkannt. Seitdem sitzt er in den Franckischen Stiftungen in der Abendsekundarschule und paukt für seinen Realschulabschluss. Seine Klasse ist bunt gemischt und er hatte zunächst einige Vorbehalte, wie

man ihn aufnehmen würde. Nach ein paar Wochen erzählte er mir, dass alle ein Team bilden und sich gegenseitig helfen. Ich sagte ihm, dass ihr alle im gleichen Boot sitzt. Ihr habt festgestellt, dass man mit einem Hauptschulabschluss in unserer Gesellschaft nicht viel Geld verdienen kann. Ihr wollt mehr, nicht nur überleben, ihr wollt leben. Khalaf ist sehr wissbegierig. Er lernt viel und paukt unsere Sprache wie ein Wahnsinniger. Er spricht ein gutes Deutsch, und auch seine Rechtschreibung ist gut. Sein letzter Deutschtest bestätigt ihm den Grad B1. Sehr gut nach dieser kurzen Zeit. Ich hatte ihm letztes Jahr eine Grammatik in deutsch-arabisch bis zum Level B1 geschenkt. Er benutzt sie häufig, will sich verbessern. Über sein Weihnachtsgeschenk freut er sich wie wahnsinnig; Jules Verne: Von der Erde bis zum Mond. Auf Arabisch. Khalaf liest gern. Leider ist die westliche Literatur nur sehr wenig ins Arabische übersetzt. Ich suche in mehreren Buchläden nach Literatur für ihn. Was ich finde wird gekauft. Er soll zu unserer Kultur auch die Literatur aufnehmen. Für seinen Geburtstag habe ich Kafka, Die Verwandlung und Süßkind, Das Parfüm. Ich weiß, ich muss mit ihm drüber sprechen. Ich bin gespannt auf seine Reaktion. Wir werden einen oder mehrere Abende zusammen verbringen und die „westliche Literatur“ diskutieren.

Seit Khalaf weiß ich viel über Syrien. Ich habe mich belesen und mit ihm viele Gespräche geführt. Unser peinlichstes Gespräch war wohl, als ich ihn bat, sich auf der Toilette zu setzen. Das macht Mann in Deutschland so. Zunächst verstand er meine Andeutungen nicht und dann lachte er und meinte, das machen wir auch. Wohl gemerkt, Khalaf kommt aus einem Dorf in Syrien. Damaskus ist eine viel fortschrittlichere Stadt als man uns denken lassen ließ. Die Menschen sind nicht alle islamtreu und nichts anderes gilt. Obwohl die Muslime kein Weihnachten haben, feiern sie das Fest gemeinsam mit ihren Nachbarn, den Christen. Khalaf lehrt mich viel und der Austausch berauscht mich und gibt mir Recht, in diesem Land Frieden zu stiften zwischen einem notorischen Monarchen und der westlichen Welt. Zunächst zumindest. Denn Assad unterstützt den IS, finanziert ihn und spielt die westlichen Mächte so aus: entweder der IS oder ich.

Doch Khalafs Geschichte zählt heute nicht viel. Vielmehr übernimmt Christian, mein getrennt lebender Freund, das Wort. Er wirkt aufgebracht und greift verbal sogar meine Mutter an, die seine Steuererklä-



rung für ihn tätig. Wir versuchen ihn zu beruhigen und weisen ihn darauf hin, dass wir nichts von ihm verlangen. Er soll sein Leben meistern und leben, wie er es will. Ob mit oder ohne Partnerin, ob bei Familientreffen oder eher mit Freunden. Er soll tun, was ihm gut tut. Er berichtet über seine erste Sitzung beim Psychotherapeuten. Ich hatte vor langer Zeit dort angerufen, weil ich nicht mehr weiter kam. Die Ärztin teilte mir mit, dass mein Engagement toll sei, aber sie keinen Termin mit mir vereinbaren könne. Das muss schon der Patient wollen. Ich habe Christian beknet, dort anzurufen. Er braucht Hilfe und einen weiteren Freund wollte ich nicht zu Grabe tragen. Nach ihrem Gespräch im Dezember wurde er auch in der Kartei aufgenommen, jedoch nur auf der Warteliste. Sein Zustand sei stabil, aber er müsse behandelt werden. Er solle doch in den nächsten Wochen immer mal anrufen und erfragen, ob es einen Termin gibt. Khalaf erläutern wir unser Krankensystem. Er horcht mit gespitzten Ohren hin und kann nicht begreifen, dass man in Deutschland als Arzt nicht einfach eine Praxis aufmachen kann. Christian, der wirklich Hilfe benötigt, wird so lange warten müssen, bis sich das Problem wohlmöglich „von selbst“ gelöst hat. Ich habe Angst davor. Ein kleiner Trost der Ärztin: „Wenn ihr Freund Suizidanstalten macht, rufen Sie die Polizei. Die holen den Arzt und weisen ihn in die Klinik ein.“ Ich hoffe, ich komme da herum. Stephan, seit kurzer Zeit arbeitsloser Kellner, verhält sich ruhig. Er lauscht den Ausführungen und beobachtet mich und meine Mutter. Unser Zusammenspiel

fasziniert ihn und diese Beziehung hat er nie gehabt. Sein Vater zog wegen einer anderen Frau in seiner frühen Kindheit aus. Seine Mutter verließ ihn mit 15 und zog zu einem ihrer Liebhaber. Seitdem versucht er alleine über die Runden zu kommen. Sein Vater hatte ihn später in der Schweiz einmal angestellt, ihn aber um seinen Einnahmen betrogen, sodass Stephan den Job geschmissen hat und mitsamt seiner Katzen in einer Nacht- und Nebel-Aktion über die Grenze verschwunden ist. Er hätte mit ihnen legal nicht ausreisen dürfen in so kurzer Zeit. Er hasst Weihnachten und findet meine spärliche Deko schrecklich. Spärlich, denn ich habe keinen Baum. Meine Wohnung ist zu klein dafür. Und ich habe mich mit der Tisch-, Fenster- und was weiß ich –deko ins Zeug geschmissen. Schließlich sitzen wir alle bei Entenkeule, Rotkohl und Klößen beisammen. Während unserer Diskussion umschwärmte uns bereits dieser unverkennbare Duft. Khalaf freut sich über das „koschere“ Essen. Er schlemmt die Keule, mit Rotkohl kann er jedoch nur wenig anfangen. Der Kloß hingegen schmeckt herrlich. Auch die Hühnerbrühe vorab ist nicht sein Ding. Wir haben sie mit Eierstich versetzt. Der Rest am Tisch schlemmt und schlürft und auf einmal sind alle Probleme wie weggeblasen. Im Radio hinter uns dudelt Weihnachtsmusik und obwohl wir alle aus unterschiedlichen Familien stammen, fühlen wir uns irgendwie zusammen.  
Daniela Müller  
Redaktion Saalekreis.



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat  
Januar Geburtstag haben.**



**17. Januar 2018 um 17 Uhr** im Linken Laden der Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen diskutiert zum Thema: „Die Erhaltung des Friedens steht im Mittelpunkt linker Politik.“

DIE LINKE. Ortsverband Halle-Nord lädt Mitglieder und Interessierte zu einer öffentlichen Veranstaltung mit Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle) zum Thema „Die soziale Situation in der Stadt Halle“ für Mittwoch, **21. Februar 2018, 17 Uhr** in den Linken Laden, Leitergasse 4, herzlich ein.

**Sonntag, 11. Februar 2018, 11:00 Uhr**  
Gedenken Karl Meseberg  
auf dem Südfriedhof

**Freitag, 09. März, 10:00 Uhr**  
Gedenken Martha Brautzsch  
auf dem Südfriedhof

**Dienstag, 13. März, 16:00 Uhr**  
Gedenken Kleiner Trompeter, Riveufer / Ecke  
Burgstraße (an der Gedenktafel)

**Sonntag, 25. März, 11:00 Uhr**  
Gedenken der Märzgefallenen,  
Friedhof Ammendorf

## Post von Lene

Hallo, liebe Mitlinke,  
ich wäre so gerne mit meinen Kumpels Leo und Anton auf die Rodelbahn gestartet! Pustekuchen! Kaum war der Schnee da, war er wieder weg; Mist, aber nicht zu ändern. Aber schön war Weihnachten auf jeden Fall. Ich durfte die Weihnachtsbäume bei uns und bei meinen Großeltern mitschmücken- mit bunten Kugeln, Sternen, Glöckchen und Lichterketten mit Strom und nicht mit Wachskerzen wie früher, als meine Oma und mein Opa noch Kinder waren. Das wäre heute ganz schön gefährlich, weil manche Kinder auch koken. Oder?

Aber auf unserem Tisch hatten wir richtige Kerzen, die dufteten sogar. Über meine Weihnachtssterne, die ich gebastelt und mit Tusche bunt bemalt hatte, freuten sich meine Eltern und Großeltern, weil ich sie nicht vom Taschengeld gekauft, sondern selbst gemacht habe. Auch die Plätzchen haben lecker geschmeckt, auch den Migrantenkindern (diesmal habe ich im Duden nachgesehen), denen ich welche mitgebracht habe. Silvester bin ich doch glatt eingeschlafen, aber rechtzeitig zur Knallerei mit Lichterbäumen am Himmel wieder aufgewacht. Meine Familie kauft keine Knaller, weil es rausgeschmissenes Geld ist und die Umwelt verschmutzt. Naja, ich hätte ganz gerne mitgeknallert, ehrlich! Wenigstens eine Rakete! Nee, gab es nicht. Schön war auch, dass meine beiden Kumpel Leo und Anton mit mir in meinem Zimmer zusammenhocken konnten. Klar haben wir auch Ratespiele oder „Mensch ärgere dich nicht“ gestartet, aber auch als LAL-Koalition ein paar wichtige Sachen durchgesprochen, die so in der Politik passierten. Mir hat die Sache mit dem armen schwarzen Asylbewerber, der in einer Polizeizelle in Dessau verbrannt ist, keine Ruhe gelassen. In der Zeitung namens MZ war auf der ersten Seite wieder ein Artikel über ihn. Ich habe ihn gelesen, aber nicht heimlich. Er heißt Oury Jalloh. Wir haben dann einfach meine Eltern gefragt, wenn wir was nicht verstanden haben.

Es ist eigentlich ein Skandal, was da abläuft. Da hat es eine neue Untersuchung gegeben, die beweist, dass Oury das Feuer nicht selbst angezündet haben kann und er also umgebracht worden ist. Einer der Polizisten, der früher bei der Betriebsfeuerwehr gewesen ist, hatte ausgesagt, dass dazu ein „Brand-

beschleuniger“, verwendet worden sein musste. So eine Art Benzin, meinte Leo. Da haben die von der Dessauer Polizei ihm gedroht, dass er wegen Falschaussage bestraft würde. Da hat er dann Schiss gekriegt und seine Aussage zurückgezogen. Jetzt hat er sich Henriette, eine von uns Linken im Hohen Haus von Magdeburg anvertraut und das alles wiederholt. Warum wurde diese Aussage bisher einfach unter den Teppich gekehrt?



Was uns als LAL aufgefallen ist, dass mal ein Staatsanwalt aus Dessau, dann ein Staatsanwalt aus Halle und nun ein Staatsanwalt aus Naumburg den Fall untersuchen. Also wurde alles hin und her geschoben. Wieso denn so was? Soll die Wahrheit nicht rauskommen?

Gestern hat es deshalb in Dessau wieder eine Demo von Menschen gegeben, damit endlich die Schuldigen am Tod von Oury bestraft werden können. Wir als LAL finden es total in Ordnung, wenn unsere Linken im Hohen Haus von Magdeburg nicht locker lassen. In der Zeitung stand zum Schluss noch, dass der nazihafte Herr Poggenburg von der AfD eine rechte Gegendemo starten wollte, um dem „linksautonomen (?) Propagandaspektakel“ ein Ende zu bereiten.

Wir wollen aber keinen Spuk, sondern eine gerechte Strafe für die Mörder!

Ich grüße euch alle im Namen der LAL-Koalition zum neuen Jahr!

Tschüs

Eure Lene

### Senioren-Cafe' am 31. 01. ab 14:30 Uhr

im Linken Laden, Leitergasse 4:  
„Kann ein Notruf Leben retten?“  
Die MALTESER stellen sich vor

### Vorschau :Senioren-Cafe' am 28. Februar, ab 14:30 Uhr

im Linken Laden, Leitergasse 4:  
Vortrag und Diskussion von/ mit Elke Prinz  
„100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland“  
(In Kooperation mit der RL- Stiftung)

+++ Aufruf zur antifaschistischen Demonstration am 20. Januar 2018 +++ Bitte weiterleiten +++

## \*BLAU IST DAS NEUE BRAUN\*

Wir haben keinen Bock mehr auf das Versteckspiel im gesellschaftlichen Umgang mit neurechten Bewegungen. Wir sehen nicht ein, dass eine offen rassistische und völkische Partei immer mehr als legitime Akteurin in dieser Demokratie gilt. Wir wollen nicht zulassen, dass sich der gesellschaftliche Diskurs hin zu den menschenfeindlichen Ideologien von alten und neuen Nazis verschiebt. Diese Normalisierung von Neofaschismus kotzt uns an.

Wir haben Bock auf eine solidarische, offene und vielfältige Gesellschaft, in der Menschenverachtung und Hass keinen Platz haben und als das bekämpft werden, was sie sind, nämlich als Gefahren für das friedliche Zusammenleben. Wir haben Bock, so leben, lieben und feiern zu können, wie wir wollen. Wir haben Bock, mit euch am 20. Januar zu demonstrieren, zu tanzen und genau das auf die Straße zu bringen. Für Neofaschisten war es noch vor wenigen Jahren üblich, sich, ihre Szene und Gedanken hinter einer Vielzahl von Codes und Chiffren zu verstecken. Braun war braun und gehörte dahin. Heute können neurechte Demagogen offen rassistischen, geschichtsrevisionsistischen und völkischen Patrioten-Unfug vom „afrikanischen Ausbreitungstyp“, „Geschwür am Volkskörper“ und einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“ erzählen und dennoch als akzeptable Vertreter der Demokratie auftreten. Anscheinend versteckt sich heute lieber ein Teil der Gesellschaft hinter der blauen Farbe und einem „man muss doch die Sorgen ernst nehmen“ und „man muss doch miteinander reden“ anstatt klare Kante zu bekennen und braun weiterhin als das zu benennen.

Immer dreister werden reaktionäre Kräfte auch bei ihrer Demagogie. Sie spielen sich als Anwalt der „kleinen Leute“ auf und nutzen die Armut in Deutschland aus, um geflüchtete Menschen dafür verantwortlich zu machen.

Dabei waren und sind es nicht Geflüchtete, die Arbeitsplätze abbauen, Löhne kürzen oder Job-Center-Schikanen beschließen. Die verantwortlichen Strukturen und Akteur\*innen aus Politik und Wirtschaft werden von rechts aus dem Fokus genommen, um Belegschaften zu spalten und die Ausbeutung zu verfestigen.

Wir wollen am 20. Januar für eine solidarische, demo-

kratische Gesellschaft auf die Straße gehen. Wir wollen klar sagen, dass eine Gesellschaft auf Basis der allgemeinen Menschenrechte keinen Platz für Faschisten bieten darf. Auch 73 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus muss klar sein: Wehret den Anfängen. Lasst uns den gesellschaftlichen Diskurs aus der Deckung holen. Lasst uns zusammen und mit vielen klar sagen: mit neurechten Nazis wird nicht diskutiert, mit ihnen wird keine Demokratie und Politik gemacht.

Wir freuen uns auf euch, eure Freund\*innen, gute Stimmung, politische Plakate, bunte Transpis und gute Musik.

Beginn: 11:30 Uhr

Ort: Domplatz

Route: folgt

Hashtag: #md2001

Facebook: <https://www.facebook.com/events/211130499434038/>

**Blockmd** <<https://www.facebook.com/blockmagdeburg/>> – **Aktionsbündnis gegen rechte Aufmärsche in Magdeburg DIE LINKE. Magdeburg** <<https://www.facebook.com/dielinkemd/>>

**DGB-Jugend Sachsen-Anhalt** <<https://www.facebook.com/dgbjugendsan/>>

**Fachchaftsrat FHW Magdeburg** <<https://www.facebook.com/fasrafhw/>>

**Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.** <<https://www.facebook.com/fluechtlingsrat.lsa/>>

**IG Metall Jugend Magdeburg - Schönebeck** <<https://www.facebook.com/igm.jugendMD/>>

**Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt** <<https://www.facebook.com/groups/117263718367361/>>

**OLLi - Offene Linke Liste Magdeburg** <<https://www.facebook.com/olli.magdeburg/>>

**Regina - Ravende Europäer gegen Intoleranz und Nationalismus** <<https://www.facebook.com/regina.magdeburg/>>

**SJD Die Falken Landesverband Sachsen-Anhalt** <<https://www.facebook.com/falkenlsa/>>

**Students Against Racism Magdeburg** <<https://www.facebook.com/sar.magdeburg/>>



## Bewegung im Fall Oury Jalloh - die unendliche Geschichte eines Justizskandals

Am 7. Januar 2005 starb Oury Jalloh in Zelle 5 des Dessauer Polizeireviers. Die genaue Todesursache ist auch heute noch unklar. Fakt ist: Er verbrannte auf einer feuerfesten Matratze, gefesselt an Händen und Füßen und hatte bei seiner Durchsuchung kein Feuerzeug bei sich. Ein Feuerzeug tauchte erst 3 Tage später in den Asservaten auf. Der ausbrechende Feueralarm wurde mehrfach ignoriert und weggedrückt.

Bereits die Ingewahrsamnahme war rechtswidrig: Oury Jalloh war stark alkoholisiert und hätte damit nicht in eine Gewahrsamszelle gehört, sondern, wenn überhaupt, unter ärztlicher Aufsicht. Zudem gab es keine richterliche Anordnung, ihn in Gewahrsam zu nehmen. Das wäre aber zwingend erforderlich gewesen. Im 2. Prozess beteuerten alle Dessauer Polizisten, dies nicht gewusst zu haben.

Nach fast 13 Jahren ist die Geschichte des Falls Oury Jalloh unübersichtlich und verworren. Es ist auch nicht der eine Skandal, es ist vielmehr eine Kette von Skandalen. Der größte, und nach wie vor unfassbare bleibt: Ein Mensch ist in der Obhut des Staates, in der er zu seinem Schutz war, ums Leben gekommen und es ist mittlerweile fast 13 Jahre lang nicht möglich, das aufzuklären. Nicht möglich, weil Polizisten, Menschen, deren Aufgabe es ist, Recht und Gesetz durchzusetzen, Aufklärung aktiv behindern und damit unmöglich machen. Genauso lange geht die Justiz ausschließlich einer Hauptermittlungsthese nach: Oury Jalloh muss sich selbst angezündet haben. Danach werden alle Untersuchungen und Ermittlungen ausgerichtet.

Zentrale Fragen, die auch heute noch offen sind, und die mit dieser These nicht zusammenpassen, werden beiseite geschoben. Wie kann es sein, dass der angeforderte Arzt und die Polizisten rassistische Witze über Schwarze machten? Warum bricht das Tatort-Video des LKA-Tatortteams ab, bevor der eigentliche Ort des Geschehens erreicht wird? Warum gehen die Ermittler schon zu diesem Zeitpunkt davon aus, dass Oury Jalloh sich angezündet hat? Wie ist das Feuerzeug zu den Asservaten gekommen? Warum finden sich daran keinerlei Spuren von Oury Jalloh, dafür aber von anderen? Warum waren Oury Jallohs Nasenbein gebrochen und sein Trommelfell gerissen? Und warum kam das erst bei einer zweiten Obdukti-

on, die die Familie Oury Jallohs in Auftrag gegeben hat, heraus? Warum hatte er kaum Rußspuren in der Lunge und nicht ansatzweise den für das angenommene Szenario typischen Noradrenalinegehalt im Urin?

Letztlich: was war im Polizeirevier Dessau los? Denn Oury Jalloh ist nicht der erste Tote im Umfeld des Dessauer Polizeireviers. Zwei Jahre zuvor starb der Obdachlose Mario Bichtemann in derselben Zelle Nummer 5, 1997 starb Hans-Jürgen Rose nur wenige Meter vom Polizeirevier entfernt, nachdem er aus dem Gewahrsam entlassen wurde.

All diese Fragen sind weder beantwortet, noch neu. Sie wurden immer wieder und mit Nachdruck von der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh und den Anwält\*innen der Familie Jalloh, die die Nebenkläger in den bisherigen Prozessen waren, gestellt. Sie sind jetzt für eine breite Öffentlichkeit neu. Die Tatsache, dass derselbe Staatsanwalt, der 12 Jahre lang nicht der Frage nachgehen wollte, ob Oury Jalloh angezündet worden sein könnte, hält genau das nun für das wahrscheinlichste Szenario. Er gesteht damit auch ein, dass seine eigene Hauptermittlungsthese und damit die der Justiz in Sachsen-Anhalt falsch war. Aber angesichts der jüngsten Berichte erleben wir dieselben altbekannten Reflexe: Öffentlichkeit erschwere die Ermittlungen, nur deshalb habe der Generalstaatsanwalt nicht alles darstellen können, es gebe keinen Grund zum Misstrauen in die Justiz.

Dem entgegen wir als LINKE ganz klar: Misstrauen ist nicht nur angebracht, es ist die Voraussetzung für Aufklärung im Fall Oury Jalloh. Ohne die Arbeit der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh und investigativen Journalismus gäbe es keine Ermittlungen und wüsste die breite Öffentlichkeit nichts von den Einschätzungen der Gutachter. Aufklärung und Aufarbeitung sind notwendig und müssen auf drei Ebenen passieren. Die erste ist die juristische: Die Justiz in Sachsen-Anhalt hat gezeigt, dass es ihr an Aufklärungswillen fehlt. Deswegen muss der Generalbundesanwalt die Ermittlungen übernehmen und endlich ergebnisoffen ermitteln. Solange der Verdacht, Oury Jalloh, das war Mord, nicht ausgeräumt werden kann, ist es die Aufgabe der Justiz, diesem nachzugehen. Die zweite Ebene ist die politische: Wir brauchen einen Untersuchungsausschuss, der alle gewonnenen Er-

kenntnisse in den Blick nimmt. Warum wird erst nach über 12 Jahren den seit langem auf der Hand liegenden Fragen nachgegangen? Was war im Revier Dessau los und was hat der Tod Oury Jallohs und die über Jahre verhinderte Aufklärung mit Rassismus, gesellschaftlich und institutionell zu tun? Welche Konsequenzen sind für die Praxis der Polizei zu ziehen? Wie muss sich die Praxis der Gewahrsamnahme ändern, um künftig solche Fälle auszuschließen? Welche Kontrollinstanzen für die Polizei sind nötig? Warum erfolgte die Informationspolitik des Justizministeriums so irreführend. Wer trägt dafür die Verantwortung? Das sind nur einige Fragen, denen in einem

Untersuchungsausschuss nachgegangen werden muss. Und schließlich gesellschaftlich: Warum wollten nur so wenige Menschen das Offensichtliche sehen? Warum wollten sich so wenige Menschen mit der Möglichkeit beschäftigen, dass ein Mensch, möglicherweise aus rassistischen Motiven, von Polizisten getötet oder sterben gelassen wurde?

DIE LINKE wird alle drei Ebenen weiter intensiv begleiten. Denn Aufklärung ist das zentrale Versprechen, das ein Rechtsstaat gibt und alles dafür tun muss, es halten zu können. Sonst ist es kein Rechtsstaat.

Henriette Quade

## **Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt lädt ein:**

### **18.01. Donnerstag 14:30 Uhr, Vortrag und Diskussion**

Island – Phönix aus der Asche?!

mit Dr. Viola Schubert-Lehnhardt, im Bürgerladen, Falladaweg 9, 06126 Halle-Neustadt

Island war nicht nur durch die 6-tägige Störung des internationalen Flugverkehrs infolge eines Vulkanausbruchs 2006 in aller Munde, sondern wird auch für seine Entwicklungsmöglichkeiten beachtet. Die Wirtschaftskrise von 2008 meisterten die Isländer selbstständig. Was macht die Besonderheiten der isländischen Gesellschaft aus? Wie ist es ihr gelungen, nach dem ökonomischen Zusammenbruch wieder aufzuerstehen?

### **29.01. Montag 14:30 Uhr, Vortrag und Diskussion**

Von der Bewegung „frei in der Religion“ zu den humanistischen Organisationen mit Beispielen aus Sachsen-Anhalt, mit Dr. Horst Groschopp

im Bürgerhaus „alternativE“, Gustav-Bachmann-Straße 30, 06130 Halle

gemeinsame Veranstaltung der RLS Sachsen-Anhalt mit dem Humanistischen Regionalverband Halle-Saalkreis

### **15.02. Donnerstag 18:00 Uhr, Lesung und Vortrag**

Schreiben gegen die Barbarei des Kriegs: Daniil Granins „Mein Leutnant“

mit Dr. Hilmar Preuß

im WKB Hendrik Lange (MdL), Am Gastronom 14, 06124 Halle

Aktuell werden verstärkt Szenarien einer kriegerischen Konfrontation europäischer Staaten mit Russland diskutiert. Entspannung wird nur wenig forciert. Der 2017 verstorbene russische Schriftsteller Daniil Granin behandelte das Thema von Kriegsgräueln und Erinnerung in seinem (2015 in dt. Übersetzung erschienenen) Roman „Mein Leutnant“ auf eindrucksvolle Weise. Es gelingt Granin - der sich 1941 selbst als Freiwilliger zur Verteidigung der Sowjetunion in die Rote Armee einreihete - auf überzeugende Weise, schematische Vorstellungen über den „heldenhaften“ Soldaten zu hinterfragen und dem Lesepublikum - insbesondere in Deutschland und Russland - die physisch und psychisch zerstörerischen Aspekte des Krieges und die gemeinsame Verantwortung nahe zu bringen.